

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik verurteilt auf das schärfste, daß die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten von der Bonner Regierung, von den Interessenverbänden des westdeutschen Monopolkapitals, von den reaktionären, militaristischen und revanchistischen Organisationen sowie von den Agenten- und Spionagediensten in Westdeutschland und Westberlin mit einer enormen Verschärfung des kalten Krieges, mit der Schürung einer sinnlosen Kriegshysterie, mit systematischen Bürgerkriegsvorbereitungen gegen die Deutsche Demokratische Republik und mit großangelegten und freigebig finanzierten Maßnahmen zur Störung ihrer Wirtschaft beantwortet wurde, wie das im Bericht des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph, unterbreitete Material beweist. Die Volkskammer bestätigt daher die vom Ministerrat, vom Magistrat von Groß-Berlin und den Räten der Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik und zur Unterbindung der von Westdeutschland und Westberlin aus organisierten Kopffjägerei und des Menschenhandels.

Sie beauftragt den Ministerrat, alle Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen, die sich auf Grund der Festlegungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und dieses Beschlusses als notwendig erweisen.

Die Volkskammer appelliert an alle friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, den Organen ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates allseitige Unterstützung zu leihen, selber Wachsamkeit zu üben und durch vorbildliche Arbeitsleistungen zum Erfolg unserer Friedenspolitik beizutragen.

Die Volkskammer wendet sich an alle Arbeiter, Bauern, Angehörigen der Intelligenz, Handwerker und Gewerbetreibenden, an alle Männer und Frauen und an die Jugend mit dem Ruf: Seid Euch der nationalen Aufgabe bewußt! Die Deutsche Demokratische Republik, den ersten deutschen Friedensstaat, gilt es so zu festigen und zu schützen, daß durch den Abschluß eines Friedensvertrages den revanchistischen Kriegstreibern der Weg versperrt und der Weg zu einer friedlichen Zukunft unseres Volkes und zur Wiedervereinigung in einem anti-imperialistischen, friedliebenden und neutralen Deutschland geöffnet wird.

Der vorstehende, von der Volkskammer am elften August neunzehnhunderteinundsechzig gefaßte Beschluß wird hiermit verkündet.

Berlin, den elften August neunzehnhunderteinundsechzig.

Der Vorsitzende des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

W. Ulbricht